



Versandt am 31.5.06

151st Year - No. 23 5713 • Sunday, June 11 - Saturday, June 17, 2006

WSPAPER PUBLISHED IN THE GERMAN LANGUAGE

Stand vom Montag

1 US \$ = 0,795 Euro
1 Euro = 1,258 US\$

Das ideale Geschenk

Bestell Coupon auf Seite 2

Experten warnen vor Sturmfluten

Seite 15

Schlagerstar Drafi Deutscher tot

Seite 6

WP berichtet: Vieles über WM 2006

Seiten 8 bis 11

NACHRICHTEN

Al-Sarkawi starb an Lungenverletzung

Bagdad (dpa) - Der jordanische Top-Terrorist Abu Mussab al-Sarkawi ist nach dem Angriff der US-Luftwaffe in der vergangenen Woche an einer Lungenverletzung gestorben. Das sagte ein amerikanischer Militärsprecher in Bagdad. Die von Al-Sarkawi geleitete Terrorgruppe El Kaida soll bereits einen Nachfolger bestimmt haben. Eine entsprechende Erklärung wurde auf einer Islamistenwebsite im Internet verbreitet. Darin heißt es, ein gewisser Scheich Abu Hamsa al-Muhadschir sei zum neuen Anführer bestimmt worden.

Stromausfall stürzt Auckland ins Chaos

Wellington (dpa) - Ein achtstündiger Stromausfall hat die neuseeländische Millionenstadt Auckland am Montag ins Chaos gestürzt. Insgesamt seien rund 700 000 Menschen betroffen gewesen, sagte Bürgermeister Dick Hubbard nach Angaben neuseeländischer Medien. Nachdem heftige Stürme die Stromversorgung zur morgendlichen Stoßzeit unterbrochen hatten, brach der Verkehr zusammen, weil etwa 300 Ampeln ausfielen. Züge konnten nicht mehr fahren, auch Krankenhäuser waren ohne Strom. Mehrere Menschen mussten von der Feuerwehr aus steckengebliebenen Aufzügen befreit werden.

Doppelmord in Hof

Hof (dpa) - Zwei Prostituierte sind in Hof Opfer eines Gewaltverbrechens geworden. Ein Hausmeister habe beide Frauen am Sonntagnachmittag in ihrer gemeinsamen Wohnung entdeckt, teilte die Polizei mit. Der Mann hatte die Tür der Erdgeschosswohnung geöffnet, da beide Prostituierte schon länger nicht mehr gesehen worden waren. Die Wohnung der Opfer befand sich in einem mehrgeschossigen Wohnhaus.

Katze vertreibt Diebe

Wuppertal - Eine Katze hat zwei Einbrecher in die „Flucht geschlagen“. Die Diebe seien bei ihrem Beutezug offenbar auf den „aggressiven Stubentiger“ gestoßen, sagte ein Polizeisprecher. Es gebe Spuren eines Kampfes. Es sei nicht auszuschließen, dass die Einbrecher Kratzwunden davontrugen.

PERIODICALS MAIL

POSTMASTER: MUST BE DELIVERED BY JUNE 17, 2006

Feuerprobe bestanden: WM-Start in München friedlich und heiter



Deutsche Fans bekennen Farbe für dem FIFA WM-Stadium München. Oliver Berg dpa

Von Sabine Döbel
München (dpa) - Begeisterte Fans, friedliche Stimmung, strahlendes Wetter, glanzvolle Eröffnung und deutscher Sieg - der Auftakt der Fußball-Weltmeisterschaft in München war eine gelungene Vorlage für die kommenden vier WM-Wochen. Obwohl zehntausende Fans nach dem 4:2 der deutschen Nationalelf gegen Costa Rica am Freitagabend auf den Straßen der bayerischen Landeshauptstadt eine riesige Freiluftparty feierten, musste die Polizei kaum eingreifen. „Die deutsche Mannschaft hat den ersten Tag gewonnen - und die Polizei auch“, sagte Polizeisprecher Wolfgang Wenger. Die Feuerprobe gilt als bestanden. Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) sprach in der ARD mit Blick auf die Sicherheit von einem „Traumstart“. „Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin“, skandierten Fans in deutschen Trikots begeistert. Für sie war der Einzug ihrer Mannschaft ins Finale fast schon nach dem Abpfiff des ersten Spiels klar. „Besonders hat mich das Publikum beeindruckt, das großartig mitgegangen ist und Fairness gezeigt

hat“, fasste auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach dem Spiel zusammen.

Egal ob Fahnen, Socken, Hüte, aufblasbare Riesenhände zum Winken oder gar Federboas - Schwarz-Rot-Gold waren nach dem Sieg der deutschen Elf die beherrschenden Farben. Doch auch Gelb-grün mit der Aufschrift „Brasil“, Rot-blau mit „Costa Rica“ oder das satte Grün von „Mexiko“ waren vielfach zu sehen.

Konkurrenz machten sich die Fans aus den unterschiedlichen Ländern um das schrille Auftreten. Manche hatten sich Fußball ins Gesicht gemalt, andere trugen riesige Hüte in Ball-Form oder Perücken in ihren Nationalfarben. Die deutlich sichtbare Polizeipräsenz trübte die Laune nicht, vielmehr schienen auch die Beamten den Dienst zu genießen und fotografierten sich im WM-Stadion gegenseitig.

Nach einer knappen Verschnaufpause rüstete sich die Polizei im Freistaat schon für die nächsten Spiele. In Nürnberg standen sich am Sonntag Mexiko und Iran gegenüber, davor gab es in der Innen-

stadt eine Demonstration gegen die atomare Aufrüstung und die israel-feindliche Politik Irans. Sowohl bei der Demonstration als auch rund ums Spiel blieb alles friedlich. In der Landeshauptstadt stehen sich am Mittwoch mit Tunesien und Saudi-Arabien zwei arabische Länder gegenüber. Zwar hält Beckstein nach dem Tod des Top-Terroristen Abu Mussab al-Sarkawi eine erhöhte Terrorgefahr für möglich. Doch Innenminister und Polizei sehen sich gut vorbereitet: „Unser Konzept steht.“

Die Souvenirläden in der Münchner Fußgängerzone verzeichneten Spitzenabsätze bei Fan-Kappen

und Fahnen der WM-Länder. Auch am Samstag zeigten sich Fans in München in ihren favorisierten Landesfarben. Spontan posierten fünf Fans aus Großbritannien, Australien und der Schweiz für ein gemeinsames Erinnerungsfoto. Gewinnen sei zweitrangig, „es geht vor allem um das Fest“, sagte Bruno Sonetto aus Zürich. Zwei Briten hatten derweil ihre Flagge in der Münchner Fußgängerzone ausgelegt und baten Passanten, ein paar Worte daraufzuschreiben. „Es ist ein Geschenk für zu Hause“, erklärten sie. Auch die Münchner Polizei hat schon unterschrieben.

Seite 8 bis 11

EU-Türkei-Verhandlungen:

Zypern lenkt ein



Die Flagge der Türkei und der Europäischen Union in Istanbul.

Luxemburg (dpa) - Zypern hat im Streit um seine Anerkennung durch die Türkei eingelenkt und damit am Montag den Weg für die ersten konkreten Verhandlungen über einen möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union freigelegt.

Nach heftigem internen Ringen mit Nikosia einigten sich die Außenminister der EU auf eine ernste Warnung an die Türkei. Sie forderten die türkische Regierung auf, endlich die Zollunion auf sämtliche EU-Staaten einschließlich Zyperns auszuweiten. Geschehe dies nicht, so werde dies „den Gesamtschritt der Beitrittsverhandlungen beeinträchtigen“, heißt es in der Erklärung.

Zypern hatte zunächst den Beginn von Verhandlungen über die als unproblematisch geltende Frage der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung blockiert.

Der zyprische Außenminister George Iacovou kritisierte, dass die Türkei ein Jahr nach der Unterzeichnung des Ankara-Protokolls zur Zollunion immer noch nichts getan habe, um dieses ratifizieren zu lassen. „Das ist ein Bruch des Vertrauens.“ Mit dem Protokoll wird die Zollunion zwischen der Türkei und der EU auch auf die zehn im Mai 2004 beigetretenen Mitglieder ausgedehnt. Dazu gehört Zypern. Bisher verweigert die Türkei zyprischen Schiffen den Zugang zu türkischen Häfen.

Die EU hat bisher bereits mehrfach der türkischen Auffassung, die Ausweitung der Zollunion bedeute keine Anerkennung Zyperns, widersprochen. Im Mandat für das erste Verhandlungskapitel vom Montag heißt es, die tatsächliche Ausweitung der Zollunion sei „ein grundlegendes Element der Strategie vor einem Beitritt“.

Studie:

US-Anti-Terrorpolitik erhöht Gefahr

London (dpa) - Die bisherige Anti-Terror-Strategie der USA und Großbritanniens erhöht nach Überzeugung britischer Experten die Gefahr neuer Terroranschläge im Ausmaß der Angriffe vom 11. September 2001. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Analyse der unabhängigen Forschungsgruppe Oxford Research Group, die am Montag in London veröffentlicht wurde.

Washington und London seien mehr darauf aus, ihre Stellung in der Welt durch militärische Gewalt zu sichern, als sich Gedanken um die eigentlichen Ursachen der weltweiten Unsicherheiten und Bedrohungen zu machen, kritisieren die Autoren. Der „Krieg gegen den Terrorismus“ sei nichts anderes als „eine zutiefst fehlerhafte Strategie, die hunderte Milliarden von Dollar verschlingt, mehr Unterstützer des Terrorismus schafft als ausschaltet und die Aufmerksamkeit von Bedrohungen der Sicherheit ablenkt, die weit schwerer, anhaltender und zerstörerischer sind“.

Die britische Liberaldemokratische Partei, die Londoner Vorgehen im Irak von Anfang an kritisiert hatte, begrüßte die Studie. Auch linke Abgeordnete der regierenden Labour-Partei riefen dazu auf, den Bericht ernst zu nehmen. „Die Politik der USA und Großbritanniens ist völlig kontraproduktiv und fördert den Terrorismus sowie die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen“, erklärte die Labour-Abgeordnete Clare Short.

Die anhaltenden Konflikte in Irak und Afghanistan zeigen nach Ansicht der Autoren der Oxford Research Group, dass die bisherige Anti-Terror-Strategie der USA und Großbritanniens weitgehend versagt habe. Sie müsse gründlich verändert werden und die Ursachen für Extremismus einbeziehen, wenn die Welt in den nächsten Jahrzehnten nicht „höchst instabil“ werden solle.

Montenegro als unabhängigen Staat anerkannt

Luxemburg (dpa) - Die Europäische Union hat Montenegro als unabhängigen Staat anerkannt. „Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben entschieden, dass sie ihre Beziehungen mit Montenegro als einem souveränen, unabhängigen Staat weiter entwickeln werden“, heißt es in einer Erklärung der EU-Außenminister vom Montag in Luxemburg. Die Regierungen der Mitgliedstaaten wollten nun die Anerkennung offiziell vollziehen.

Die EU-Außenminister forderten Serbien und Montenegro auf, „einen direkten und konstruktiven Dialog über ihre künftigen Beziehungen zu führen“. Die EU sei bereit, diesen Dialog zu unterstützen. Bei einer Volksabstimmung hatten 55,5 Prozent der Montenegriner am 21. Mai für die Unabhängigkeit von Serbien gestimmt. Montenegro möchte mittelfristig Mitglied der EU werden.

Stromausfall legt Geldautomaten lahm

Münster (dpa) - Ein Stromausfall hat am Freitag zahlreiche Geldautomaten von Volks- und Raiffeisenbanken in Deutschland lahm gelegt. Insgesamt seien 470 Genossenschaftliche Institute von Rheinland-Pfalz, über Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen bis Schleswig-Holstein betroffen gewesen, sagte eine Sprecherin des Rechenzentrums für Genossenschaftsbanken GAD eG in Münster. Ursache seien Instabilitäten bei der Stromversorgung gewesen, wodurch zwei Großrechner ausgefallen seien.

Merkel fordert mehr Wahrheit in der Politik

Saarbrücken - Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zu mehr Glaubwürdigkeit in der Politik aufgerufen. Vor dem Evangelischen Arbeitskreis der Unionsparteien zum Thema „Wahrheit und Wahrfähigkeit in der Politik und in den Medien“ verteidigte die CDU-Chefin zugleich erneut die Reformvorschläge der großen Koalition. Dabei bekannte sie sich zur Notwendigkeit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer und kündigte auch neue Belastungen bei der anstehenden Gesundheitsreform an.

Zum Thema Wahrhaftigkeit sagte Merkel, Verdruss über die Politik sei auch dadurch entstanden, dass diese in einer „ganz fatalen Spirale“ sei. Auch in der Zeit vor Rot-Grün seien schon Versprechungen gemacht worden, die dann aus verschiedenen Gründen nicht eingehalten wurden. „Und wenn Erwartungen enttäuscht werden, dann kann es schnell passieren, dass die Menschen überhaupt nur noch Enttäuschungen erwarten.“

Dabei zeigte Merkel Selbstkritik: Auch die Union habe beispielsweise den demographischen Faktor im Rentensystem sicher

„nicht zu früh“ eingeführt. Politik habe die Verpflichtung, wahrhaftig gegenüber den Menschen zu sein. Das schließe auch Ehrlichkeit bei den Aussagen über notwendige Reformen ein. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer sei unter anderem notwendig, um die Lohnzusatzkosten zu senken und den Haushalt zu entlasten. Ein weiterer Marsch in die Verschuldung sei künftigen Generationen nicht zuzumuten. Das sei auch eine moralische Verpflichtung, fügte die Kanzlerin hinzu.

„Wort und Tat müssen wieder zusammengebracht werden“, sagte Merkel. Politische Zuständigkeiten und Entscheidungen müssten für die Menschen nachvollziehbarer und transparenter gestaltet werden. Ein Schritt dazu sei die Föderalismusreform. Diese ordne die Zuständigkeiten in der Politik klar zu. Zudem forderte Merkel langfristige Entwicklungen und daraus notwendige Schlussfolgerungen deutlicher als bislang zu benennen. Es sei die „historische Aufgabe der großen Koalition, den Problemen ins Auge zu sehen“.

Kommentar Seite 2